

Niederschrift

**über die 8. Sitzung des
Kreistages**

am

Freitag, den 08.12.2000

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

1. **Sitzungsbeginn:** 14.40 Uhr
2. **Ende der Sitzung:** 20.30 Uhr
3. **Ort der Sitzung:** Kreisverwaltung Ahrweiler
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Unter dem Vorsitz von Landrat Dr. Jürgen Pföhler nahmen an der Sitzung teil:

1. Adams, Gerhard, Sinzig (CDU)
2. Artzdorf, Werner, Niederzissen (SPD)
3. Banze, Dirk, Sinzig-Löhndorf (SPD) - Fraktionsvorsitzender -
- abwesend bei TOP 7 -
4. van Bebber, Ulrich, Remagen (F.D.P.) - Fraktionsvorsitzender -
5. Becker, Berthold, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
6. Bell, Johannes, Spessart (FWG)
7. Dr. Berbig, Michael, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
- abwesend bei TOP 9 -
8. Boes, Hans, Bad Neuenahr-Ahrweiler (FWG)
- kommt während TOP 5, geht nach TOP 8b-d -
9. Daleki, Horst, Weibern (SPD)
- abwesend bei TOP 7b, geht während TOP 8b-d -
10. Deißler, Rolf, Bad Neuenahr-Ahrweiler (FWG) - Fraktionsvorsitzender -
- abwesend bei TOP 7, geht während TOP 8b-d -
11. Denn, Lorenz, Remagen (SPD)
12. Dinkelbach, Paul, Remagen (CDU)
13. Elsner, Petra, MdL, Grafschaft (SPD)
- kommt während TOP 6 -
14. Ernst, Guido, MdL, Bad Breisig (CDU)
15. Fleischer, Werner, Sinzig (SPD)
16. Gieraths, Peter, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
17. Heiser, Hermann, Altenahr (CDU)
- geht während TOP 8b-d -
18. Henzgen, Rolf, Bad Breisig (SPD)
- kommt während TOP 2 -
19. Hermann-Lersch, Gabriele, Bad Breisig (CDU)
20. Jasper, Renate, Sinzig (SPD)
21. Klaesgen, Katharina, Schuld (CDU)
22. Koll, Sabrina, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
- kommt während TOP 6 -
23. Koll, Ursula, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
- geht während TOP 8b-d -

24. Lang, Bernd, Bad Breisig (SPD)
- geht während TOP 8b-d -
25. Langenhorst, Fritz, Bad Neuenahr-Ahrweiler (SPD)
- abwesend bei TOP 9 -
26. Löhr, Kurt, Adenau (CDU)
27. May, Karl-Heinz, Burgbrohl (CDU)
28. Meurer, Oswald, Eichenbach (CDU)
29. Reuland, Ute, Grafschaft (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
30. Ripoll, Christel, Brohl-Lützing (CDU)
- abwesend bei TOP 8a -
31. Scheuer, Ilse, Oberzissen (CDU)
- geht während TOP 8a -
32. Schlagwein, Wolfgang, Bad Neuenahr-Ahrweiler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
- Fraktionsvorsitzender -
33. Schmitz, Anneliese, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
34. Schneider, Michael, Grafschaft (CDU)
35. Schüller, Werner, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
36. Schwarzmann, Jürgen, Hönningen (CDU)
37. Sebastian, Wilhelm Josef, MdB, Dernau (CDU)
- kommt während TOP 5, geht während TOP 8b-d -
38. Graf von Spee, Roderich, Sinzig (F.D.P.)
39. Spitznagel, Eckehard, Sinzig (CDU)
- geht während TOP 8b-d -
40. Steffens, Waltrud, Bad Breisig (CDU)
41. Sundheimer, Karl-Heinz, Kempenich (CDU) - Fraktionsvorsitzender -
42. Tempel, Willi, Dernau (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
43. Titz, Joachim, Remagen (CDU)
44. Weltken, Rudolf, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
45. Wirz, Walter, MdL, Adenau (CDU)
- abwesend bei TOP 9 -

die Kreisbeigeordneten:

1. Näkel-Surges, Ingrid, Dernau (CDU)
2. Orthen, Guido, Bad Neuenahr-Ahrweiler (CDU)
3. Hager, Charlotte, Sinzig (CDU)

die Dezernenten:

- Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Daniel
- Sozialoberamtsrat Kniel
- Regierungsrat z.A. Kock
- Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Paffenholz

der Schriftführer:

- Oberamtsrat Moeren

ferner von der Verwaltung:

- Kreisinspektorin z.A. May
- Oberamtsrat Müller
- Kreisoberverwaltungsrat Reichling (zu TOP 6 und 8a)
- Amtsrat Seul

als Gast nahm teil:

- Geschäftsführer Meyer, Touristik-Service Ahr, Rhein, Eifel, Bäder-, Wein- und Wanderland e.V., Bad Neuenahr-Ahrweiler (zu TOP 4)

Entschuldigt fehlten:

das Mitglied des Kreistages:

- Nei, Bernd, Grafschaft (parteilos, Mitglied der F.D.P.-Fraktion)

Niederschrift

Tagesordnung:

To.- Punkt	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung
1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2	Bericht zum überarbeiteten Sanierungskonzept II für den Zweckverband Wasserversorgung Eifel-Ahr
3	Zinszuschussprogramm Kreis Ahrweiler-West; Sachstandsbericht sowie Verlängerung des Programmes
4	Programm des Kreises Ahrweiler zur Förderung von Investitionen im Fremdenverkehr (Förderprogramm „Innovativer Fremdenverkehr“)
5	Landesgartenschau im Kreis Ahrweiler; Bericht zum Antrag der FWG-Fraktion vom 19.10.2000
6	Abfallwirtschaft im Kreis Ahrweiler; a) Konzept für die Restabfallbehandlung ab dem Jahr 2005; Inanspruchnahme eines externen Beraters b) Abfallbeseitigung im Kreis Ahrweiler; Kreismülldeponie (Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2000)
7	Jahresrechnung 1999; a) Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 1999 b) Feststellung der Jahresrechnung 1999 und Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten
8	Haushaltsberatungen 2001; a) Wirtschaftsplan 2001 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2001 c) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2000-2004 d) Haushaltsplan 2001 der Gertrud-Pons-Stiftung
9	IGZ - Innovations- und Gründerzentrum für den Kreis Ahrweiler, Standort Sinzig; Änderung des Gesellschaftervertrages
10	Beantwortung von Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
11	Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand
1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Zu Beginn gratulierte er Herrn Guido Ernst (CDU), Frau Anneliese Schmitz (CDU) und Herrn Roderich Graf von Spee (F.D.P.) nachträglich zu deren Geburtstag. Des weiteren setzte er die Mitglieder über die neuesten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Neubau des Arp-Museums in Remagen-Rolandseck und über die Einweihung des Radwegeabschnittes Mayschoß-Laach in Kenntnis. Er wies außerdem auf die kürzlich vollzogene Gründung der „Tourismus & Service GmbH“ hin und bezog Stellung zu den Auswirkungen der sog. „BSE-Krise“ auf den Kreis.

Im Anschluss teilte er mit, dass er und seine Familie kürzlich in die Kreisstadt umgezogen seien.

Herr Lang (SPD) machte in Bezug auf die große Anzahl von Abwesenheitsvermerken in der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 20.10.2000 darauf aufmerksam, dass der Vorsitzende während dieser Sitzung ebenfalls mehrmals den Sitzungsraum verlassen hatte und insbesondere längere Zeit während des Vortrags von Herrn Stadtbaurat Trommer über die regionale Kooperation Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (TOP 6) nicht anwesend war. Hierzu wurde von der Verwaltung erklärt, dass die Abwesenheit in der Niederschrift nur vermerkt werde, wenn dies während der Abstimmung über einen Tagesordnungspunkt der Fall war, nicht aber während dessen Beratung. Im übrigen wurden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben.

Auf Antrag des Vorsitzenden stellte der Kreistag einstimmig die Dringlichkeit der Angelegenheit „IGZ - Innovations- und Gründerzentrum für den Kreis Ahrweiler, Standort Sinzig; Änderung des Gesellschaftervertrages“ fest und beschloss, den Gegenstand als neuen Punkt 9 in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Beratung der übrigen Punkte verschob sich entsprechend.

2	Bericht zum überarbeiteten Sanierungskonzept II für den Zweckverband Wasserversorgung Eifel-Ahr
---	---

Herr Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) hielt es für erforderlich, auf die EVM dahingehend einzuwirken, dass die alten lokalen Brunnen zur Not- und Reserveversorgung auch weiterhin betriebsbereit gehalten werden.

Der Kreistag nahm das Sanierungskonzept II in der Fassung vom 25.04.2000 für den Zweckverband Wasserversorgung Eifel-Ahr zur Kenntnis.

3	Zinszuschussprogramm Kreis Ahrweiler-West; Sachstandsbericht sowie Verlängerung des Programmes
---	---

Nach einer Wortmeldung von Herrn Wirz (CDU) fasste der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zum „Zinszuschussprogramm Kreis Ahrweiler-West“ zur Kenntnis.
2. Die Laufzeit des Programms wird – in Anlehnung an das Regionalprogramm der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) zur Förderung von Arbeitsplatz schaffenden Investitionen in der Ausgleichsregion Bonn – über den 31.12.2000 hinaus verlängert, längstens bis zum 31.12.2004.
Ziffer 10.1 Satz 4 der Richtlinien zum Zinszuschussprogramm Kreis Ahrweiler-West vom 11.12.1998 erhält folgende Fassung:
„Die Laufzeit des Zinszuschussprogramms entspricht der Laufzeit des Regionalprogramms der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) zur Förderung von Arbeitsplatz schaffenden Investitionen in der Ausgleichsregion Bonn; Anträge können längstens jedoch bis zum 31.12.2004 gestellt werden.“
3. Die Ziffern 8.1 und 8.3 der Richtlinien werden redaktionell angepasst:
In Ziffer 8.1 wird „§§ 3 ff. LVwVfG“ ersetzt durch „§§ 48 ff. VwVfG“ und in Ziffer 8.3 wird „§ 5 LVwVfG“ ersetzt durch „§ 49a VwVfG“.

4	Programm des Kreises Ahrweiler zur Förderung von Investitionen im Fremdenverkehr (Förderprogramm „Innovativer Fremdenverkehr“)
---	---

An der Beratung beteiligten sich Herr van Bebber (F.D.P.), Herr Weltken (CDU) und Herr Henzgen (SPD).

Herr van Bebber (F.D.P.) beantragte für seine Fraktion, den unter Ziffer 4.2 im Entwurf des 2. Programmteils angeführten Zuschusshöchstbetrag zur Förderung von Gästeinformations- und –kommunikationssystemen in Fremdenverkehrsbetrieben von 1.000,00 DM auf 3.000,00 DM zu erhöhen.

Des weiteren stellte er den Antrag, im 3. Programmteil, in dem es um die Förderung von Innovationen im Fremdenverkehr in Form eines Wettbewerbes geht, eine Umstellung der Förderung von Prämien auf Zuschüsse vorzunehmen.

Herr Henzgen (SPD) richtete die Bitte an den Vorsitzenden, im Laufe des kommenden Jahres zu überprüfen, ob - zur Entlastung der Kreisverwaltung einerseits und zur Förderung der Zusammenarbeit der im Kreis ansässigen Fremdenverkehrsbetriebe mit der „Tourismus & Service GmbH“ andererseits - die Abwicklung der Bezuschussung durch die „Tourismus & Service GmbH“ durchgeführt werden könne.

Im Anschluss an die Beratung lehnte der Kreistag die vorgenannten Anträge der F.D.P.-Fraktion jeweils mit 39 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung ab.

Sodann fasste der Kreistag mit 39 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen folgenden Beschluss:

„Der Fremdenverkehr ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor im Landkreis Ahrweiler und bedeutend für dessen Gesamtwirtschaftsstruktur. Daher ist der Kreis Ahrweiler bestrebt, den Fremdenverkehr innerhalb des Kreisgebietes nachhaltig zu fördern. Der Kreistag beschließt die von der Verwaltung erarbeiteten und als Anlage beigefügten Richtlinien als Programm des Kreises Ahrweiler zur Förderung von Investitionen im Fremdenverkehr (Förderprogramm „Innovativer Fremdenverkehr“). Mit diesem Programm sollen den Fremdenverkehrsbetrieben im Kreis Ahrweiler finanzielle Anreize zur Durchführung von Investitionen im Fremdenverkehr geboten werden, die der Schaffung innovativer und konkurrenzfähiger Strukturen dienen. Die notwendigen Haushaltsmittel sind in den Haushalten 2001 bis 2006 bereitzustellen.“

5	Landesgartenschau im Kreis Ahrweiler; Bericht zum Antrag der FWG-Fraktion vom 19.10.2000
---	---

Herr Deißler (FWG) begründete den Antrag seiner Fraktion und war der Ansicht, dass der Kreis bei einer Bewerbung von mehreren kreisangehörigen Körperschaften für eine gemeinsame Ausrichtung der Landesgartenschau eine Moderationsfunktion übernehmen solle.

Herr Ernst (CDU) wies auf die zwingend notwendige Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen bei der Planung einer Landesgartenschau im Kreis hin. Eine Durchführung der Landesgartenschau im Jahre 2004 hielt er jedoch aufgrund der erforderlichen umfangreichen Planungen und sonstigen Vorbereitungen für verfrüht. Vielmehr solle ein Termin nicht vor 2008 anvisiert werden.

Herr Henzgen (SPD), Herr van Bebber (F.D.P.) und Herr Wirz (CDU) schlossen sich der Meinung, eine Festlegung auf das Jahr 2004 als Termin für die Veranstaltung einer Landesgartenschau im Kreis sei zu kurzfristig, an.

Der Kreistag nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und fasste mit 43 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung folgenden Beschluss:

„Im Hinblick auf die kommunale Planungshoheit beauftragt der Kreistag die Verwaltung, eine Bewerbung für die Landesgartenschau frühestens 2008, spätestens 2012 vorab mit den kommunalen Gebietskörperschaften zu erörtern und über das Ergebnis dem Kreis- und Umweltausschuss zu berichten.“

6	Abfallwirtschaft im Kreis Ahrweiler; a) Konzept für die Restabfallbehandlung ab dem Jahr 2005; Inanspruchnahme eines externen Beraters b) Abfallbeseitigung im Kreis Ahrweiler; Kreismülldeponie (Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2000)
---	--

Der Kreistag erklärte sich mit einer gemeinsamen Beratung der Punkte a) und b) einverstanden.

Zu dem Tagesordnungspunkt 6a lagen folgende Anträge zur Beratung und Entscheidung vor:

1. Antrag der F.D.P.-Fraktion, den auf Seite 6 der Vorlage der Verwaltung genannten Umfang der Beratungsleistungen für die Inanspruchnahme eines externen Beraters zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Restabfallbehandlung im Kreis ab dem Jahr 2005 im Arbeitsschritt 1 um den Punkt „Prüfung, inwieweit es für den Kreis Ahrweiler sinnvoll ist, ein Alternativsystem zum Dualen System Deutschland DSD zuzulassen“ zu erweitern
2. gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion, den in der Vorlage der Verwaltung auf Seite 6 genannten Umfang der Beratungsleistungen für die Inanspruchnahme eines externen Beraters im Arbeitsschritt 1 so abzuändern, dass Punkt A) „Eigene Lösung mit Bau einer Reststoffdeponie und MBA“ gestrichen wird
3. gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion, die Vergabe eines Beratungsauftrages an einen externen Berater im Zusammenhang mit der Erstellung eines Konzeptes für die Restabfallbehandlung im Kreis ab dem Jahr 2005 sowohl im Kreis- und Umweltausschuss als auch im Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes zu beraten und eine Vorauswahl der besten Bewerber zur nächsten Sitzung des Kreis- und Umweltausschusses und des Werksausschusses einzuladen
4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um folgenden Zusatz zu ergänzen:
 „Für die Auswahl zusätzlicher Alternativen zur Errichtung einer eigenen mechanisch-biologischen Vorbehandlung bzw. einer eigenen Restmülldeponie gibt der Kreistag vor:
 a) Das Restmüllaufkommen aus dem Kreis wird ausschließlich in umliegenden Anlagen der näheren Region behandelt bzw. entsorgt.
 b) Im Falle einer thermischen Behandlung kommen ausschließlich speziell zum Zweck der Müllverbrennung errichtete und genehmigte Anlagen in Frage.“

An der Beratung über die Vorlage der Verwaltung und die Anträge beteiligten sich Herr Banze (SPD), Herr Lühr (CDU), Herr van Bebber (F.D.P.), Herr Bell (FWG), Herr Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Adams (CDU), Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Sundheimer (CDU) und Herr Deißler (FWG).

Zu dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und F.D.P. auf Beteiligung auch des Kreis- und Umweltausschusses an der Vergabe eines Beratungsauftrages wies der Vorsitzende darauf hin, dass neben dem Kreistag nach der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler als Eigenbetrieb der Werksausschuss das für den Abfallwirtschaftsbetrieb zuständige Gremium und eine Übertragung der Zuständigkeit auf den Kreis- und Umweltausschuss rechtlich nicht zulässig sei.

Herr van Bebber (F.D.P.) zog den Antrag seiner Fraktion auf Erweiterung der Beratungsleistungen zurück und erklärte sich mit der Anregung von Herrn Adams (CDU) einverstanden, die Angelegenheit im Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes zu beraten.

Im Anschluss an die Beratung lehnte der Kreistag mit 13 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion auf Reduzierung des Umfangs der Beratungsleistungen um den Punkt A) „Eigene Lösung mit Bau einer Reststoffdeponie und MBA“ ab.

Des weiteren lehnte der Kreistag mit 16 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion, die Vergabe eines Beratungsauftrages sowohl im Kreis- und Umweltausschuss als auch im Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes zu beraten, ab.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu TOP 6a um den genannten Zusatz zu ergänzen, wurde mit 3 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen abgelehnt

Im Anschluss beschloss der Kreistag mit 45 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung zu TOP 6a, im Entscheidungsprozess zur Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall die Beratungsdienstleistung eines qualifizierten und erfahrenen externen Büros in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung wurde beauftragt, Angebote mit Referenzen von geeigneten Büros einzuholen und eine Vorauswahl der besten Bewerber zur nächsten Sitzung des Werksausschusses einzuladen.

Zu TOP 6b lehnte der Kreistag den Antrag der SPD-Fraktion, das Vorhaben „Bau einer eigenen Kreismülldeponie ‚Auf dem Scheid‘ in Gönnersdorf“ einzustellen, mit 16 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen ab.

7	Jahresrechnung 1999; a) Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 1999 b) Feststellung der Jahresrechnung 1999 und Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten
---	---

zu a)

Aufgrund § 100 GemO i.V. mit § 2 Abs. 2 Ziffer 3 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler genehmigte der Kreistag einstimmig die Haushaltsüberschreitungen bei Haushaltsstelle 4170.747701 von 580.170,49 DM und bei Haushaltsstelle 4557.7700 von 1.411.591,95 DM.

zu b)

Wegen Sonderinteresses waren die Kreisbeigeordneten Frau Näkel-Surges (CDU), Herr Orthen (CDU) und Frau Hager (CDU) sowie Herr Wirz (CDU) von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Sie nahmen während der Behandlung des TOP 7b im Zuhörerraum Platz.

Nach einer Wortmeldung von Herrn Schüller (CDU) stellte der Kreistag einstimmig die Jahresrechnung 1999 in der von der Verwaltung im Rechenschaftsbericht vom 10.04.2000 dargelegten Form fest. Er erteilte für das Haushaltsjahr 1999 Herrn Landrat Joachim Weiler sowie den Kreisbeigeordneten Frau Näkel-Surges, Frau Hager, Herrn Foltin, Herrn Wirz und Herrn Orthen Entlastung.

Es folgte eine 15-minütige Sitzungsunterbrechung.

8	Haushaltsberatungen 2001; a) Wirtschaftsplan 2001 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2001 c) Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2000-2004 d) Haushaltsplan 2001 der Gertrud-Pons-Stiftung
---	--

zu a)

Frau Ripoll (CDU) begab sich wegen Sonderinteresses während der Behandlung des TOP 8a in den Zuhörerraum und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Für die FWG-Fraktion stellte Herr Deißler den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, auf der Grundlage der vorliegenden Zahlen des Wirtschaftsplanes 2001 eine Neukalkulation der Abfallgebühren mit dem Ziel einer Senkung der Gebühren vorzunehmen.

Herr Banze beantragte für die SPD-Fraktion, den Ansatz für den Erwerb von Grundstücken unter der Konto-Nr. 023 000 im Vermögensplan des Wirtschaftsplanes 2001 (S. 39) und im Investitionsprogramm zum Finanzplan 2000 – 2004 (S. 50) für das Jahr 2001 in Höhe von 140.000,00 DM zu streichen.

Nach weiteren Wortmeldungen von Herrn Adams (CDU), Herrn Bell (FWG) und Herrn Lühr (CDU) lehnte der Kreistag mit 17 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen den Antrag der FWG-Fraktion ab.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit 11 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen vom Kreistag abgelehnt.

Im Anschluss daran beschloss der Kreistag mit 32 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung den Wirtschaftsplan 2001 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorgelegten Fassung.

zu b)

Der Vorsitzende nahm zum Haushalt 2001 Stellung und beantragte ergänzend zu dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Haushaltes 2001, im Einzelplan 2 des Verwaltungshaushaltes eine neue Haushaltsstelle 2000.6500 einzurichten und aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden 300.000,00 DM als Anlaufbetrag für die Finanzierung der PC-Systembetreuung in den Schulen des Kreises bereitzustellen.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Sundheimer (CDU), Herr Deißler (FWG), Herr van Bebber (F.D.P.), Herr Banze (SPD), Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Denn (SPD), Herr Wirz (CDU), Herr Langenhorst (SPD), Herr Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Weltken (CDU), Frau Reuland (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Schneider (CDU), Herr Bell (FWG) und Herr Ernst (CDU). Hierbei wurden auch die Anträge zur Änderung des Haushaltsplanentwurfes eingebracht, über die im Anschluss an die Beratung im einzelnen abgestimmt wurde.

Herr Sundheimer (CDU) hielt die Erörterung eines Gesamtkonzeptes, mit dem der in deutlich steigenden Fallzahlen zum Ausdruck kommenden negativen Entwicklung im Bereich der Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen entgegen gesteuert werden könne, durch den Jugendhilfeausschuss für notwendig. Auch solle dem Jugendhilfeausschuss eine konkrete Stellenbeschreibung und ein Vorschlag für die Besetzung einer zusätzlichen Stelle im Fachbereich „Hilfe zur Erziehung“ vorgelegt werden.

Des weiteren forderte er den Vorsitzenden auf, in seinen engagierten Bemühungen, mit dem Land Rheinland-Pfalz eine faire Lösung bezüglich der Übernahme der Kosten für die PC-Systembetreuung in den kreisangehörigen Schulen zu finden, nicht nachzulassen.

Herr Deißler (FWG) bat die Verwaltung in Ergänzung des Kreistagsbeschlusses vom 20.10.2000 zum damaligen TOP 3 (Zusätzliche Mittel für die Informations- und

Kommunikationstechnologie in den Schulen in Kreisträgerschaft) nochmals um Mitteilung, welcher Bedarf an neuen Computern in den kreiseigenen Schulen zur Zeit besteht.

Unter Abänderung seines zuvor gestellten Antrages, den im Haushaltsplanentwurf unter der Haushaltsstelle 5900.9820 für den Ausbau von Radwegen veranschlagten Ansatz auf 40.000,00 DM zur Verbesserung der Ausschilderung und zur Erarbeitung eines Förderprogrammes zur Beschleunigung der Planung und des Baus von Radwegen zu erhöhen, forderte Herr van Bebber (F.D.P.) auf Anregung von Herrn Langenhorst (SPD) eine Bestandsanalyse hinsichtlich der Thematik „Ausschilderung von Radwegen“ an, um gegebenenfalls im Nachtragshaushalt 2001 auf einer fundierten Grundlage über die Bereitstellung von Mitteln für die Verbesserung der Beschilderung zu entscheiden. Er bat außerdem den Vorsitzenden darum, sich der Angelegenheit „Radwegebau“ anzunehmen, die Initiative zu ergreifen und alle Kommunen und sonstigen Beteiligten an einen Tisch zu holen.

Herr Banze (SPD) forderte für seine Fraktion die Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes im ersten Halbjahr des Jahres 2001, um darin insbesondere Mittel zur Durchführung von ersten Maßnahmen zur Behebung der Raumnot an den Schulen in Kreisträgerschaft zur Verfügung zu stellen.

Herr Schlagwein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) richtete die Bitte an den Vorsitzenden, zukünftig bei der Festsetzung von Gebühren für die Sondernutzung von Kreisstraßen die Situation des Kreishaushaltes deutlicher bei seinen Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Herr Langenhorst (SPD) legte dem Vorsitzenden nahe, von Zeit zu Zeit der großen Anzahl der im Landkreis ehrenamtlich tätigen Personen seinen persönlichen Dank und seine Anerkennung, beispielsweise durch das Überreichen von Urkunden, auszusprechen.

Herr Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) hielt es für wichtig, eine Fachkraft für die zunehmende Anzahl der verhaltensauffälligen bzw. verhaltensgestörten Kinder in den Kindertagesstätten einzusetzen.

Im Anschluss wurde über die Einzelanträge zum Haushaltsplanentwurf wie folgt abgestimmt:

1. gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion, die unter der Haushaltsstelle 0212.SA01 (S. 1.8) veranschlagten Mittel zur Finanzierung der Personalausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik um 100.000,00 DM auf 793.446,00 DM zu erhöhen.
Mit diesen zusätzlichen Mitteln ist eine neue Stelle in der Abteilung „Informations- und Kommunikationstechnik“ mit der Zielsetzung „Koordination der Computerausstattung an den kreiseigenen Schulen, Betreuung von Sonderaktionen wie z.B. Telekom, Schulen ans Netz usw., Entwicklung von Konzepten und Strategien, Auswertung der Vorschläge von Schulen usw.“ zu schaffen.

- Die zusätzlichen Mittel sind mit einem Sperrvermerk zu versehen, der durch den Kreis- und Umweltausschuss aufgehoben werden kann, wenn eine Stellenbeschreibung vorliegt und sich aus den Gesprächen zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden keine andere Entwicklung bezüglich der Übernahme der Kosten für die PC-Systembetreuung an den Schulen ergibt.
= mit 31 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen angenommen
2. Antrag der SPD-Fraktion zum Unterabschnitt 0212 (Informations- und Kommunikationstechnik) im Verwaltungshaushalt (S. 1.8) auf Einstellung von Mitteln in Höhe von 50.000,00 DM für die Einbindung fremden Sachverständigen (Beratung, Anfertigung von Gutachten etc.) zur Entwicklung und Untersuchung neuer Organisationsformen für die Abteilung „Informations- und Kommunikationstechnik“ wie z.B. Eigenbetrieb, GmbH mit oder ohne Beteiligung der Kommunen und ähnliches. Die Mittel sind bis zur Freigabe durch den Kreis- und Umweltausschuss mit einem Sperrvermerk zu versehen.
= mit 10 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt
 3. Antrag der CDU-Fraktion, den Haushaltsansatz bei der Haushaltsstelle 0220.SA01 (Personalausgaben für Auszubildende, S. 1.9) um 16.000,00 DM auf 367.719,00 DM zur Einrichtung von insgesamt zwei zusätzlichen Ausbildungsstellen für den Ausbildungsberuf „Bürokommunikation“ und einen IT-Beruf im Fachbereich „Systemintegration“ zu erhöhen
= einstimmig angenommen
 4. Antrag des Vorsitzenden, im Einzelplan 2 des Verwaltungshaushaltes (Schulen, ab S. 1.37) eine neue Haushaltsstelle 2000.6500 einzurichten und aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden 300.000,00 DM als Anlaufbetrag für die Finanzierung der PC-Systembetreuung in den Schulen bereitzustellen
= mit 36 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen
 5. Antrag der CDU-Fraktion zum Einzelplan 2 des Verwaltungshaushaltes (Schulen, ab S. 1.37), die Grundbeträge für die Berechnung der Schulbudgets in den Haushalten 2001 und 2002 um 5% zu erhöhen. Dies führt im Haushalt 2001 zu Mehrausgaben von insgesamt ca. 22.800,00 DM. Für die einzelnen Schulen soll der entsprechende Betrag bei Gruppierungsnummer 6500 bereitgestellt werden.
= mit 36 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen
 6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Einzelplan 2 (Schulen, ab S. 1.37), einen Ansatz von 12.000,00 DM zur Finanzierung von Projekten der „Pro familia-Beratungsstelle“ im Bereich „Sexualpädagogik“ an den Schulen im Kreis einzustellen.
Zur Deckung dieser Mehrausgaben soll der Ansatz der Haushaltsstelle 4650.7173 (Zuschuss an die Schwangerenberatungsstelle „Donum vitae“, S. 1.120) um 12.000,00 DM auf 37.500,00 DM reduziert werden.
= mit 3 Ja-Stimmen bei 34 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt
 7. Antrag der CDU-Fraktion zu Haushaltsstelle 3660.6541 (Kreiswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, S. 1.63) auf Anhebung des Haushaltsansatzes um insgesamt 18.000,00 DM auf 35.000,00 DM zur Erhöhung der Prämien im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“. Der Wettbewerb soll um das Thema „Jugend und Familien

stärken“ erweitert werden. Auch in diesem Bereich sollen nennenswerte Prämien ausgelobt werden. Die Kreiskommission soll um ein Mitglied vergrößert werden, das Erfahrung in der Jugend- und Sozialarbeit hat.

Neue Richtlinien für den Wettbewerb, die Kommission und die Verteilung der Prämien sind von der Verwaltung zu erarbeiten und dem Kreis- und Umweltausschuss zur Zustimmung vorzulegen.

= mit 31 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen angenommen

8. Antrag der SPD-Fraktion zum Einzelplan 3 (Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege) im Verwaltungshaushalt (S. 1.63) auf Bereitstellung von 10.000,00 DM für die Gedenkstättenarbeit des Kreises unter einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle.
Ziel ist die Unterstützung von Fahrten von Klassen/Kursen kreiseigener Schulen zu Gedenkstätten des nationalsozialistischen Terrors und Gewalt durch Pauschalzuweisungen und die Unterstützung von Gedenkstätten im Kreis. Hierzu sind entsprechende Richtlinien zu erarbeiten.
= mit 36 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen
9. Antrag der SPD-Fraktion zu Haushaltsstelle 4070.SA01 (Personalausgaben für Jugendamt und Familie, S. 1.70), den Ansatz um 100.000,00 DM auf 1.543.728,00 DM zur Einrichtung einer zusätzlichen Stelle in der Jugendpflege zur präventiven Vorsorge im Bereich der Heimunterbringungen von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen
= mit 31 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen angenommen
10. Antrag der CDU-Fraktion zum Unterabschnitt 4515 (Sonstige Jugendarbeit) im Verwaltungshaushalt (S. 1.100), zur Unterstützung der Aus-, Fort- und Weiterbildung ehrenamtlich Tätiger Mittel in Höhe von 30.000,00 DM unter einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle einzustellen.
Die von der Verwaltung zu erarbeitenden Förderungsrichtlinien sind dem Kreis- und Umweltausschuss zur Entscheidung vorzulegen.
= mit 33 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen angenommen
11. Antrag der CDU-Fraktion zum Einzelplan 7 (Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung) im Verwaltungshaushalt (ab S. 1.141) auf Ausdehnung des Jobtickets auf die Bereiche der Verbandsgemeinden Brohltal und Adenau. Die Verwaltung soll dem Kreis- und Umweltausschuss einen Vorschlag für den Eigenanteil der Nutzer unterbreiten. Außerdem soll beim Land eine Beteiligung des Landes wie beim Übergangstarif beantragt werden.
= mit 36 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen
12. gemeinsamer Antrag der FWG-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion zu Haushaltsstelle 9000.0720 (Kreisumlage, S. 1.160), die Kreisumlage um 0,5 Prozent zu senken
= mit 4 Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen abgelehnt

Eine Abstimmung über den folgenden, zur Finanzierung der durch den vorgenannten Antrag entstehenden Mindereinnahmen von der FWG-Fraktion unterbreiteten Deckungsvorschlag erübrigte sich damit:

- a) Zurückstellung der unter der Haushaltsstelle 0200.9400 (S. 2.2) für verschiedene Baumaßnahmen in der Verwaltung veranschlagten Mittel in Höhe von 500.000,00 DM
- b) Zurückstellung des Ausbaus des Verbindungsweges Kottenborn zur B 257, der unter der Haushaltsstelle 6501.9593 (S. 2.48) veranschlagt ist, so dass sich unter Berücksichtigung der dann ebenfalls entfallenden Landeszuweisung unter Haushaltsstelle 6501.361079 (S. 2.45) eine Einsparung von 90.000,00 DM ergibt, und
- c) Reduzierung der beim Sammelnachweis 1 veranschlagten Personalausgaben insgesamt um 145.000,00 DM.
13. Antrag der F.D.P.-Fraktion zum Einzelplan 2 (Schulen) im Vermögenshaushalt (ab S. 2.11), bei einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle 2000.9350 Mittel von 1 Mio. DM für die Ausstattung von Schulen mit PCs und Internet bereitzustellen. Über die konkrete Verteilung auf die Schulen soll der Kreis- und Umweltausschuss nach Vorlage eines entsprechenden Investitionsprogrammes für die nächste Kreistagssitzung entscheiden.
= mit 2 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen abgelehnt
Der zur Deckung dieser Mehrkosten von der F.D.P.-Fraktion eingebrachte Vorschlag, die im Kämmereivermögen befindlichen RWE-Aktien im Wert von über 1 Mio. DM zu veräußern, wurde ebenfalls mit 2 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen abgelehnt.
14. Antrag der CDU-Fraktion zum Einzelplan 3 (Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege) im Vermögenshaushalt (ab S. 2.31), Mittel in Höhe von insgesamt 150.000 DM für einen Beitritt zu einem Förderverein für den Bau des Arp-Museums in Remagen-Rolandseck bereitzustellen.
Von diesem Betrag sollen 100.000,00 DM im Jahr 2001 und 50.000,00 DM im Jahr 2002 ausgezahlt werden.
= mit 32 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommen
15. Antrag der SPD-Fraktion, unter einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle im Unterabschnitt 4515 (Sonstige Jugendarbeit) des Vermögenshaushaltes Mittel in Höhe von 150.000,00 DM für die Förderung von Investitionen von Vereinen, die in der Jugendarbeit tätig sind, in den Haushalt einzustellen.
Von der Verwaltung sind Richtlinien zu erarbeiten, die dem Kreis- und Umweltausschuss zur Entscheidung vorzulegen sind.
= mit 8 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen abgelehnt
Ein gleicher Antrag der CDU-Fraktion, der jedoch statt auf die Bereitstellung von 150.000,00 DM auf die Bereitstellung von 70.000,00 DM gerichtet ist, wurde mit 33 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen angenommen.
16. gemeinsamer Antrag der FWG-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Haushaltsstelle 6501.9593 (Ausbau des Verbindungsweges von Kottenborn bis zur B 257 zur Kreisstraße K 19, S. 2.50), die dort veranschlagten Mittel in Höhe von 300.000,00 DM einschließlich der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 700.000,00 DM sowie die diesbezüglich unter der Haushaltsstelle 6501.361079 (S. 2.45) veranschlagte Erstattung des Landes in Höhe von 210.000,00 DM zu streichen
= mit 13 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen abgelehnt

17. Antrag der CDU-Fraktion, die Stelle für den Kontakt und die Förderung von Vereinen und Ehrenamtlichen um eine halbe Stelle auf eine ganze Stelle aufzustocken
= mit 31 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommen
18. gemeinsamer Antrag der FWG-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion auf Kürzung des von der Verwaltung angemeldeten Stellenmehrbedarfs von 7,7 Stellen um 2 Stellen auf 5,7 Stellen
= mit 4 Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen abgelehnt
19. Antrag der FWG-Fraktion, die neuen Beamtenstellen ausschließlich mit ausgebildeten und derzeit bei der Kreisverwaltung mit Angestelltenverträgen beschäftigten Beamten zu besetzen
= mit 4 Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen abgelehnt

Abstimmung zum Gesamthaushalt:

Der Kreistag beschloss

1. mit 37 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme:

Die Förderrichtlinien des Jugendamtes werden wie folgt geändert:

In Teil B II, Ziffer 12.1 wird der Satz

„Bei Neubaumaßnahmen, für die die Voraussetzungen für eine Förderung durch das Land vorliegen, erfolgt jedoch frühestens eine Auszahlung, wenn auch der Landeszuschuss bewilligt und zumindest anteilig ausgezahlt wird“ ersatzlos gestrichen.

2. mit 31 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen

die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Haushaltsjahr 2001 unter Einbeziehung der zuvor beschlossenen Änderungen wie folgt:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf

161.678.390,-- DM,

in der Ausgabe auf

161.678.390,-- DM,

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf

29.970.555,-- DM,

in der Ausgabe auf

29.970.555,-- DM

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | |
|--|-------------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite auf | 13.935.522,-- DM, |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 4.874.800,-- DM, |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 15.000.000,-- DM. |

§ 3

Für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft werden in dem Wirtschaftsplan festgesetzt:

- | | |
|--|------------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kassenkredite auf | 0,-- DM, |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 8.870.000,-- DM, |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 2.000.000,-- DM. |

§ 4

Die Kreisumlage, die der Landkreis nach § 58 Abs. 3 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden erhebt, wird festgesetzt auf:

34,5 v.H. der auf die vorgenannten Gebietskörperschaften entfallenden Umlagegrundlagen nach §§ 21 Abs. 4, 22 des Finanzausgleichsgesetzes. Sie ist mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. des Haushaltsjahres fällig.

Nachrichtlich:

Umlagesoll 2001 = 50.751.208,-- DM

Umlagesoll 2000 = 51.516.553,-- DM

§ 5

Die nach der Landesverordnung zur Durchführung der §§ 27 und 42a des Bundesbesoldungsgesetzes zu zahlenden Leistungsprämien und Leistungszulagen werden auf 15.000,00 DM festgesetzt.

Hiervon entfällt ein Anteil von 7.500,00 DM auf Angestellte und Arbeiter.

§ 6

Im Haushaltsjahr 2001 dürfen nach § 80b Abs. 1 Satz 1 LBG-E insgesamt 8 Altersteilzeitbewilligungen ausgesprochen werden.

3. mit 33 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen

das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2000 bis 2004
in der von der Verwaltung dem Haushaltsplanentwurf beigelegten Fassung
unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen.
Der Kreistag nahm den Finanzplan für den gleichen Zeitraum zur Kenntnis.

4. einstimmig

den Haushaltsplan 2001 der Gertrud-Pons-Stiftung
in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Der Kreistag nahm den Beteiligungsbericht gemäß § 90 Abs. 2 Gemeindeordnung zur Kenntnis.

9	IGZ - Innovations- und Gründerzentrum für den Kreis Ahrweiler, Standort Sinzig; Änderung des Gesellschaftervertrages
---	---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Sundheimer (CDU), Herr van Bebber (F.D.P.) und Herr Graf von Spee (F.D.P.).

Herr Graf von Spee (F.D.P.) teilte mit, dass die F.D.P.-Fraktion auf einen Sitz in der Gesellschafterversammlung der „IGZ – Innovations- und Gründerzentrum Sinzig GmbH“ verzichtet.

In Abänderung seines Beschlusses vom 20.10.2000 beschloss der Kreistag auf Vorschlag der CDU-Fraktion einstimmig, die in § 6 Absatz 2 des Gesellschaftervertrages für die „IGZ – Innovations- und Gründerzentrum Sinzig GmbH“ festgelegte Anzahl der weiteren Vertreter des Kreises und der Stadt Sinzig in der Gesellschafterversammlung auf 4 Vertreter festzulegen.

10	Beantwortung von Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
----	--

Der Verwaltung lagen folgende schriftliche Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung von Herrn Tempel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und der CDU-Fraktion vor:

- Kindergartensituation im Kreis Ahrweiler,
- finanzielle Auswirkungen des „Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform“ und des „Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform“ auf den Landkreis Ahrweiler und seine Kommunen,

- Streckenverlauf der Rallye Köln-Ahrweiler,
- Kulturdenkmal „Bahnbetriebswerk Kreuzberg“ und
- personelle Besetzung der Unteren Landespflegebehörde.

Die Anfragen sowie die entsprechenden Antworten der Verwaltung wurden an die Mitglieder des Kreistages verteilt.

11

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen der Verwaltung keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende:

Dr. Jürgen Pföhler
Landrat

Für die Mitglieder:

Michael Schneider (CDU)

Dirk Banze (SPD)

Wolfgang Schlagwein
(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Roderich Graf von Spee (F.D.P.)

Johannes Bell (FWG)

Der Schriftführer:

Moeren
Oberamtsrat